STADT NORDEN

Protokoll

über die Sitzung des Rates der Stadt Norden (19/Rat/2014)

am 15.07.2014

Saal des Hotel Stadt Norden, Neuer Weg 26, Norden

- öffentliche Sitzung -

Sitzungsdauer und Anwesenheit siehe Anwesenheitsliste

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung (öffentlicher Teil)
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit
3. Feststellung der Tagesordnung mit Entscheidung über die Aufnahme von Dringlichkeitsanträgen
4. Bekanntgaben
5. Bekanntgabe von Eilentscheidungen
6. Durchführung der Einwohnerfragestunde
7. Genehmigung des Protokolls über die öffentliche Ratssitzung am 15.05.2014
0930/2014/1.2
8. Bildung von Ausschüssen
 1. Bildung von Ausschüssen und Festlegung der Zahl der Sitze
 2. Feststellung der Sitzverteilung
 3. Benennung der Ausschussmitglieder und ihrer Vertreter/innen
 4. Ratsfrauen/Ratsherren als beratende Mitglieder in einem Ausschuss ihrer Wahl
 5. Zuteilung der Ausschussvorsitze
 - a) Losentscheid des/der Ratsvorsitzenden über die Zuteilung des 4. Ausschussvorsitzes
 - b) Benennung der Vorsitze der Ausschüsse durch die Fraktionen und Gruppen in der Reihenfolge der Höchstzahlen
 6. Bestimmung der Ausschussvorsitzenden und ihrer Vertreter/innen
 7. Festlegung der Sitzungstermine**0007/2011/1.2/1**
9. Raumordnungsverfahren "Trassenkorridor zwischen der 2-Seemeilen-Zone und dem Netzverknüpfungspunkt Halbmond am Festland" (Stromkabeltrasse)
0897/2014/3.1/1
10. Städtebaulicher Denkmalschutz - Norden Historischer Marktplatz; Städtebaulicher Rahmenplan
0896/2014/3.1
11. Integriertes Städtebauliches Entwicklungskonzept; Beschluss
0960/2014/3.1
12. 89. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Norden; Gebiet: Photovoltaikpark Leegemoor; Aufstellungsbeschluss, Beteiligungen der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange
0943/2014/3.1

13. Ausbau der Stellmacher Straße auf gesamter Länge
Abschnittsbildungsbeschluss zur Beitragserhebung
0653/2013/3.3/1
14. Bebauungsplan Nr.85a; Gebiet: nördlich "In der Wirde" - 1.Änderung - Aufstellungsbeschluss
0944/2014/3.1
15. Antrag der Fraktion 90/Die Grünen vom 05.03.2014 auf Änderung der Satzung zum Schutz erhaltenswerter Bäume in der Stadt Norden
0940/2014/3.3
16. Ausbauplan der Straße "Theelacht" im Bebauungsplangebiet Nr. 159
0959/2014/3.3
17. Aufstellung eines Bebauungsplanes; hier: Gelände der ehem. Sendestelle Utlandshörn
0904/2014/3.1
18. Integriertes Energie- und Klimaschutzkonzept (InEKK);
Projektentwicklung
0968/2014/FB3
19. Sparkassenzweckverband Aurich-Norden;
Änderung der Verbandsordnung
0955/2014/1.1
20. Hebesatzsatzung für das Haushaltsjahr 2015
0950/2014/1.1
21. Zustimmung zu einer überplanmäßigen Auszahlung;
Ausstattung naturwissenschaftliche Räume Oberschule
0978/2014/1.1
22. Kreditaufnahme 2013
0825/2014/1.1
23. Dringlichkeitsanträge
24. Anfragen
25. Wünsche und Anregungen
26. Festlegung des nächsten Sitzungstermins
27. Schließung der Sitzung (öffentlicher Teil)

zu 1 Eröffnung der Sitzung (öffentlicher Teil)

Der Vorsitzende eröffnet um 17:02 Uhr die öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Norden und begrüßt die Anwesenden.

zu 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende stellt die frist- und formgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

Entschuldigt fehlen Ratsfrau Kolbe, Ratsfrau Eden sowie Ratsherr Feldmann.

zu 3 Feststellung der Tagesordnung mit Entscheidung über die Aufnahme von Dringlichkeitsanträgen

Bürgermeisterin Schlag beantragt, den Tagesordnungspunkt 8 (Beschluss-Nummer 0007/2011/1.2) von der Tagesordnung abzusetzen.

Der Vorsitzende lässt über die Änderung der Tagesordnung abstimmen.

Der Rat beschließt einstimmig:

Der Tagesordnungspunkt 8 (0007/2011/1.2/1) wird abgesetzt.

Sodann wird die mit Schreiben vom 02.07.2014 bekannt gegebene Tagesordnung vom Rat festgestellt.

zu 4 Bekanntgaben

Keine.

zu 5 Bekanntgabe von Eilentscheidungen

Keine.

zu 6 Durchführung der Einwohnerfragestunde

Es wurden keine Fragen gestellt.

**zu 7 Genehmigung des Protokolls über die öffentliche Ratssitzung am 15.05.2014
0930/2014/1.2**

Sach- und Rechtslage:

Gem. § 16 Abs. 2 der Geschäftsordnung beschließt der Rat über die Genehmigung des Protokolls.

Der Rat beschließt:

Das Protokoll wird genehmigt.

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	31
	Nein-Stimmen:	0
	Enthaltungen:	0

zu 8 Bildung von Ausschüssen

- 1. Bildung von Ausschüssen und Festlegung der Zahl der Sitze**
 - 2. Feststellung der Sitzverteilung**
 - 3. Benennung der Ausschussmitglieder und ihrer Vertreter/innen**
 - 4. Ratsfrauen/Ratsherren als beratende Mitglieder in einem Ausschuss ihrer Wahl**
 - 5. Zuteilung der Ausschussvorsitze**
 - a) Losentscheid des/der Ratsvorsitzenden über die Zuteilung des 4. Ausschussvorsitzes**
 - b) Benennung der Vorsitze der Ausschüsse durch die Fraktionen und Gruppen in der Reihenfolge der Höchstzahlen**
 - 6. Bestimmung der Ausschussvorsitzenden und ihrer Vertreter/innen**
 - 7. Festlegung der Sitzungstermine**
- 0007/2011/1.2/1**

Der Tagesordnungspunkt wurde abgesetzt.

**zu 9 Raumordnungsverfahren "Trassenkorridor zwischen der 2-Seemeilen-Zone und dem Netzverknüpfungspunkt Halbmond am Festland" (Stromkabeltrasse)
0897/2014/3.1/1**

Sach- und Rechtslage:

Die Tennet T Offshore GmbH hat für den Netzverknüpfungspunkt Halbmond zwei alternative Standorte vorgelegt.
Grundsätzlich ändert sich an der Stellungnahme der Stadt Norden im Raumordnungsverfahren nichts.

Der Landkreis Aurich hat zwischenzeitlich eine Alternative zur Trassenführung und zum Netzverknüpfungspunkt erarbeitet. Diese Alternative betrifft das Stadtgebiet von Norden nicht mehr. Die Alternativplanung ist der Sitzungsvorlage beigelegt.

Für den Bau- und Sanierungsausschuss sind je ein Vertreter der Unteren Raumordnungsbehörde (LK Aurich) und ein Mitarbeiter der Fa. Tennet eingeladen den aktuellen Stand und die weiteren Planungen vorzustellen.

Ratsfrau van Gerpen bittet darauf zu achten, dass im Raumordnungsverfahren die Bürgerinitiative gegen den Bau einer Konverterstation unterstützt werde. Der Landkreis habe inzwischen auch eine entsprechende Stellungnahme abgegeben. Das Verfahren werde auch nach dem Bundesnaturschutzgesetz überprüft.

Der Rat beschließt:

- 1. Die Vorstellung der alternativen Standorte wird zur Kenntnis genommen,**
- 2. Der Beschluss des Rates der Stadt Norden vom 15.05. 2014 bleibt bestehen.**

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	31
	Nein-Stimmen:	0
	Enthaltungen:	0

zu 10 Städtebaulicher Denkmalschutz - Norden Historischer Marktplatz; Städtebaulicher Rahmenplan 0896/2014/3.1

Sach- und Rechtslage:

Das mit der Erarbeitung des Städtebaulichen Rahmenplanes Norden-Historische Altstadt beauftragte Architekturbüro Boner hat einen Entwurf vorgelegt, der mit der Sanierungsträgerin BauBeCon Sanierungsträger GmbH und der Verwaltung der Stadt Norden abgestimmt worden ist und somit zum Beschluss vorgelegt werden kann.

Der Städtebauliche Rahmenplan ist als Handlungsgrundlage für die Durchführung der Städtebaulichen Sanierungsmaßnahmen als Darstellung der planerischen Zielsetzungen sowie als Entscheidungsgrundlage für die Durchführung der einzelnen Maßnahmen erforderlich.

Das Architekturbüro Boner hat bereits die vorbereitenden Untersuchungen gem. 141 BauGB erarbeitet und auf deren Grundlage die Rahmenplanung erstellt. Die Rahmenplanung wird im Detail im Bau- und Sanierungsausschuss vorgestellt.

Der Rat beschließt:

Der Städtebauliche Rahmenplan für das Sanierungsgebiet „Norden – Historische Altstadt“ wird in der vorliegenden Fassung beschlossen. Über das städtebauliche Verkehrskonzept wird gesondert beschlossen.

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	31
	Nein-Stimmen:	0
	Enthaltungen:	0

**zu 11 Integriertes Städtebauliches Entwicklungskonzept; Beschluss
0960/2014/3.1**

Sach- und Rechtslage:

Der Verwaltungsausschuss der Stadt Norden hat in seiner Sitzung am 28.11.2013 beschlossen, die Fa. Nordwestplan GmbH mit der Erstellung eines Integrierten Städtebaulichen Entwicklungskonzeptes (ISEK) zu beauftragen. Dieses ISEK ist vom Nieders. Ministerium für Soziales, Familie Gesundheit und Integration als Planungsgrundlage für die Förderung im Rahmen des Programmes Städtebaulicher Denkmalschutz (Norden – Historischer Marktplatz) gefordert worden und ist für den Verbleib im Förderprogramm unentbehrlich.

Der Entwurf des ISEK ist mittlerweile vom Planungsbüro Nordwestplan vorgelegt und von der Verwaltung geprüft worden. Im Rat am 15.07.2014 wird das ISEK von einem Vertreter der Fa. Nordwestplan vorgestellt.

Beigeordneter Fuchs beantragt, dass sich die Untersuchung des Handlungsfeldes „Vier-Sterne-Hotel“ auch auf Norden bezieht.

Der Rat beschließt:

Der Rat der Stadt Norden beschließt das von der Fa. Nordwestplan GmbH vorgelegte Integrierte Städtebauliche Entwicklungskonzept in der vorliegenden Fassung.

Folgende Handlungsfelder sollen in das integrierte Entwicklungskonzept aufgenommen werden:

- 1. Vier-Sterne-Hotel in Norden/Norddeich**
- 2. Reaktivierung der Küstenbahn**
- 3. Weltnaturerbe**

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	31
	Nein-Stimmen:	0
	Enthaltungen:	0

**zu 12 89. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Norden; Gebiet: Photovoltaikpark Leege-
moor; Aufstellungsbeschluss, Beteiligungen der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonsti-
gen Träger öffentlicher Belange
0943/2014/3.1**

Sach- und Rechtslage:

Der Rat der Stadt Norden hat in seiner Sitzung am 03.12.2013 die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 41, 3. Änderung „Photovoltaikpark“ beschlossen (Sitzungsvorlage Nr. 0406/2012/3.1).

Die Bearbeitung der Bebauungsplanänderung hat ergeben, dass für deren räumlichen Bereich die Änderung des Flächennutzungsplanes erforderlich wird, damit der Bebauungsplan sich aus dem Flächennutzungsplan entwickeln kann.

Bisher stellt der Flächennutzungsplan der Stadt Norden für die betroffene Fläche eine Grünfläche bzw. Bahnfläche dar. Geplant wird ein Sondergebiet „Photovoltaikpark“. Demzufolge soll in der Flächennutzungsplanänderung eine Sonderbaufläche dargestellt werden.

Ratsherr Forster betritt die Sitzung.

Der Rat beschließt:

- 1. Der Rat der Stadt Norden beschließt die Aufstellung der 89. Änderung des Flächennutzungsplanes für das Gebiet „Photovoltaikpark“.**
- 2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Beteiligungen der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange durchzuführen.**

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	32
	Nein-Stimmen:	0
	Enthaltungen:	0

**zu 13 Ausbau der Stellmacher Straße auf gesamter Länge
Abschnittsbildungsbeschluss zur Beitragserhebung
0653/2013/3.3/1**

Sach- und Rechtslage:

Veranlassung der Planung

In der Sitzung am 11.06.2013 hat der Rat der Stadt Norden den Ausbau der Stadtstraße „Stellmacherstraße“ im Jahr 2014 beschlossen. Die benötigten Haushaltsmittel sollen möglichst im Finanzhaushalt 2014 bereitgestellt werden. (Vorlage 0560/2013/3.3)

In der Sitzung des Rates der Stadt Norden am 11.05.2010 wurde der Ausbauplan „Erneuerung einer Teilstrecke der Stellmacherstraße zwischen Wurzeldeicher Straße und der Buchdruckerstraße“ (Vorlage: 1016/2010/3.3), unter der Voraussetzung, dass ein Radweg in die Planung aufgenommen wird, bereits beschlossen.

Planungskonzeption

Ausgehend von den o. a. Beschlussfassungen wurden inzwischen die Umsetzungsmöglichkeiten für die Anlage eines Radweges nach der Richtlinie „Empfehlungen für Radverkehrsanlagen“ (ERA) geprüft. Dabei war zu berücksichtigen, dass als Querschnittsbreite lediglich 11,20 m zur Verfügung stehen und die Fahrbahnbreite von 7,50 m zu erhalten ist, um die bestehende Fördermöglichkeit nach dem ehemaligen Entflechtungsgesetz nicht zu gefährden.

Alle Planungsansätze dahingehend führten zu dem Ergebnis, dass die für die Führung des Radverkehrs erforderliche Breite nicht zur Verfügung steht! D.h. aufgrund der vorhandenen Querschnittsbreite und der erforderlichen Fahrbahnbreite kann der Radverkehr nur auf der Fahrbahn geführt werden. Eine Verkehrsvariante die auch unter Zugrundelegung der vorhandenen

Kraftfahrzeugverkehrsstärke und Fahrbahnbreite laut ERA problemlos umgesetzt werden kann.

Die Arbeitsgruppe „Radverkehr in Norden“ hat sich in ihrer Sitzung am 17.07.2013 ebenfalls ausführlich mit dieser Thematik beschäftigt und stimmt dem Vorschlag zu, dass der Radverkehr auf der Fahrbahn geführt wird.

Der Radverkehrsbeauftragte der Stadt Norden hat in seinem Schreiben vom 17.07.2013 erklärt, dass nur die Möglichkeit besteht, den Radverkehr auf der Straße zu führen (siehe Anlage).

Fahrbahnaufbau

Die Änderung des technischen Regelwerkes „Richtlinien für die Standardisierung des Oberbaus von Verkehrsflächen RStO 12“ erfordert eine Aktualisierung des Aufbaus. Aufgrund der ermittelten dimensionierungsrelevanten Beanspruchung B von ca. 3,22 Mio. 10-t-Achsübergängen im zugrunde gelegten Nutzungszeitraum von 30 Jahren ergibt sich nach Tafel 1 der RStO 12 die Belastungsklasse Bk10. Da diese Belastungsklasse für bis zu 10 Mio. äquivalenten 10-t-Achsübergängen ausgelegt ist, wird sie dem hohen Anteil des Schwerlastverkehrs am Gesamtverkehr gerecht.

Erforderlich ist ein Ausbau nach Belastungsklasse BK10 (RStO 12, Tafel 1, Zeile 3):

- 12,0 cm Asphaltdecke (bestehend aus Asphaltdeckschicht und Asphaltbinderschicht)
- 10,0 cm Asphalttragschicht
- 30,0 cm Schottertragschicht 0/45 mm
- vorh. Schicht aus frostunempfindlichem Material

Zwischenzeitlich haben sich neue Erkenntnisse ergeben, welche nach kurzer Erläuterung zu folgendem Ergebnis führen:

Der Rat der Stadt Norden hat in seiner Sitzung am 17.09.2013 den Ausbau der „Stellmacherstraße“ zwischen der Wurzeldeicher Straße und der Buchdruckerstraße beschlossen.

Aufgrund der Entwicklung im Gerichtsverfahren im Neuseedeicher Weg wurde deutlich, dass die Voraussetzungen für die Abrechnung einer Teilstrecke nicht vorliegen, wenn die restliche Teilstrecke mittelfristig (in etwa 5 bis 7 Jahren) auch erneuerungsbedürftig ist. Die Straße müsste insgesamt als beitragsfähig ausgebaut angesehen werden können, obwohl sich die Ausbaumaßnahme nicht auf die Straße insgesamt, sondern nur auf eine Teilstrecke bezieht. Grundvoraussetzung für die Abrechnung auf Grundlage eines Teilstreckenausbaues ist, dass kein Bedürfnis für den Ausbau der Straße auf gesamter Länge besteht. Die nicht ausgebaute Teilstrecke muss sich in einem weitaus besseren Zustand als die übrige Teilstrecke befinden. Da diese Voraussetzungen in der Stellmacherstraße nicht gegeben sind, könnten derzeit keine Straßenausbaubeiträge für die geplante Ausbaumaßnahme erhoben werden.

Ein Teil des ehemals 2. Abschnitts (Seilerstraße bis 180 m hinter der Buchdruckerstraße) aus dem Jahre 1981, sowie auch der ehemals 3. Abschnitt (180 m hinter der Buchdruckerstraße bis zur Brücke Addingaster Tief) aus dem Jahre 1991 sind mittelfristig auch ausbaubedürftig. Aufgrund dessen kommt hier nur das Institut der Abschnittsbildung in Frage. Folge ist, dass im Gegensatz zum Teilstreckenausbau nicht sämtliche bevorteilten Grundstücke einbezogen und beitragspflichtig werden, sondern nur diejenigen Grundstücke, die am tatsächlich ausgebauten Abschnitt liegen. Beide Abschnitte sind sozusagen als zwei selbständige Straßen zu behandeln.

Für den 1. Abschnitt stehen die Finanzmittel zur Verfügung. Der Ausbau des 2. Abschnitts (voraussichtliches Kostenvolumen 960.000,00 €) wäre mittelfristig (in etwa 5 bis 7 Jahren) einzuplanen und durchzuführen.

Sofern der Abschnittsbildungsbeschluss nicht gefasst wird, ist eine beitragsrechtlich sichere Ab-

rechnung nicht möglich. Daraus folgernd wird die Zahlung der Fördermittel gefährdet, da nicht die hierfür vorgeschriebene Erhebung von Straßenausbaubeiträgen möglich ist.

Es wird empfohlen, den eingangs formulierten Beschluss zu fassen.

Der Rat beschließt:

- 1) **Das Bauprogramm für den Ausbau der Stellmacherstraße auf gesamter Länge gemäß anliegender Plandarstellung vom 15.05.2014 wird beschlossen.**
- 2) **Zum Zwecke der vorzeitigen Erhebung von Ausbaubeiträgen beschließt der Rat gemäß § 1 (3) der Straßenausbaubeitragssatzung der Stadt Norden vom 08.02.2005 die abschnittsweise Abrechnung der Straßenausbaubeiträge. Der erste Abschnitt beginnt an der Einmündung Wurzeldeicher Straße und endet an der Einmündung Buchdruckerstraße. Der zweite Abschnitt beginnt an der Einmündung Buchdruckerstraße und endet an der Brücke über das Gewässer Addingaster Tief.**

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	32
	Nein-Stimmen:	0
	Enthaltungen:	0

zu 14 Bebauungsplan Nr.85a; Gebiet: nördlich "In der Wirde" - 1.Änderung - Aufstellungsbeschluss 0944/2014/3.1

Sach- und Rechtslage:

Trotz der immer wieder und überall zu hörenden Diskussion über die demographische Entwicklung die auch zu beachten ist, gibt es beim Kindergarten Wirde Lande eine starke Nachfrage nach Plätzen, die durch einen durch die städt. Gremien beschlossenen Neubau geregelt werden soll. Der Bedarf ist also vorhanden und die Stadt Norden steht in der Pflicht diesen Bedarf zu decken.

Die Nieders. Landesschulbehörde hat das Vorhaben als förderfähig anerkannt und eine entsprechende Zuwendung bewilligt.

Der Neubau ist planungsrechtlich unbedenklich und durch den Bebauungsplan 85a gedeckt.

Da die Kinder vermehrt mit dem PKW zum Kindergarten gebracht werden, entstehen zu bestimmten Zeiten, eben beim Bringen und Abholen, verkehrliche Probleme die ebenfalls mit dem Neubau geordnet werden sollen. Der bisherige Parkplatz wurde oftmals durch parkende PKW, die nichts mit dem Kindergarten zu tun haben, blockiert.

Insofern soll der Parkplatz mit der Anlieferung und einem möglichst kurzen Weg zu den Gebäuden des Kindergartens neu geregelt werden. Hier bietet sich eine Verlagerung der Verkehrsfläche an die Ostgrenze des Grundstückes des Kindergartens an. Die Durchfahrt erlaubt den anfahrenden PKW's eine Umfahrt ohne rangieren zu müssen und erleichtert den Verkehrsfluss erheblich. In den nicht erforderlichen Zeiten werden Umfahrt und Stellplätze durch Tore verschlossen, so dass eine nicht gewollte Nutzung unterbleibt.

Um die Anlieferung der Kinder durch Umfahrt und Stellplätze genehmigen zu können, ist eine Änderung des Bebauungsplanes erforderlich. Der rechtsverbindliche Plan setzt für diese Fläche fest: "zum anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen".

Ein wichtiger Grund für die B-Planänderung ist auch die Schaffung einer zusammenhängenden Spielfläche für die Kinder, die aus pädagogischen Gründen sinnvoll ist. Eine Zergliederung der Spielflächen soll vermieden werden, da die noch verfügbare Spielfläche pro Kind durch die Errichtung des zusätzlichen Baukörpers schon verkleinert wird.

Eine Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes ist nicht möglich, da es sich um Grundzüge der Planung handelt.

Da die private Verkehrsfläche bis an zwei Wohnbaugrundstücke reicht wird ein Schallschutzgutachten zur Zeit erstellt. Damit soll sichergestellt werden, dass keine unzulässigen Immissionen durch den Verkehr auf die Grundstücke wirken.

Der Rat beschließt:

- 1. Der Rat beschließt die Aufstellung der 1.Änderung des Bebauungsplanes Nr.85a nördlich „In der Wirde“**
- 2. Die Bebauungsplanänderung wird als Bebauungsplan der Innenentwicklung nach § 13a BauGB aufgestellt**
- 3. Die Verwaltung wird beauftragt, die erforderlichen Verfahren durchzuführen.**

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	32
	Nein-Stimmen:	0
	Enthaltungen:	0

zu 15 Antrag der Fraktion 90/Die Grünen vom 05.03.2014 auf Änderung der Satzung zum Schutz erhaltenswerter Bäume in der Stadt Norden 0940/2014/3.3

Sach- und Rechtslage:

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat mit Datum vom 05.03.2014 den in der Anlage beigefügten Antrag gestellt.

Die Verwaltung nimmt dazu wie folgt Stellung:

- Bei der Ausführung der vom Rat beschlossenen Satzungen handelt es sich grundsätzlich um ein Geschäft der laufenden Verwaltung, da es sich um regelmäßig wiederkehrende Sachverhalte handelt, die nicht von grundsätzlicher, über den Einzelfall hinausgehender Bedeutung sind (sh. auch Richtlinien des Rates über die Regelung von Zuständigkeiten vom 11.10.1989, Nr. A-1).

Im Zuge der Beratungen zur Aufstellung der Satzung zum Schutz erhaltenswerter Bäume in der Stadt Norden in 2003/2004 wurde die Entscheidung über Anträge auf Ausnahme nach § 7 der Satzung zum Schutz erhaltenswerter Bäume in der Stadt Norden entgegen der oben genannten Regelung auf Wunsch der Politik dem Verwaltungsausschuss übertragen.

Nachdem das politische Verlangen nach einer Vorberatung im vorbereitenden Ausschuss geäußert wurde, beschloss der Verwaltungsausschuss in seiner Sitzung am 10.06.2004 (Beschluss-Nr. 0994/2004/3.3), dass Anträge nach § 7 Abs. 1 der Satzung direkt dem Verwaltungsaus-

schuss zur Entscheidung vorgelegt werden. Dabei handelt es sich um sogenannte „Muss-Entscheidungen“, die keinen Ermessensspielraum zulassen (die Genehmigung ist zu erteilen).

Allein Anträge nach § 7 Abs. 2 der Satzung sollten nach der Entscheidung des VA vom 10.06.2004 vor einer Entscheidung durch den Verwaltungsausschuss im vorbereitenden Ausschuss beraten werden. In diesen Fällen kann die Genehmigung erteilt werden, das heißt, dass es hier einen gewissen Ermessensspielraum gibt.

Dieses Verfahren hat sich seit 2004 grundsätzlich bewährt, zumal die Verwaltung in jedem Fall einen detaillierten fachlichen und nachvollziehbaren Entscheidungsvorschlag unterbreitet. Dass den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses die Begründungen zu den Entscheidungsvorschlägen der Verwaltung in einigen Fällen nicht weitreichend genug waren, sollte auf keinen Fall dazu führen, dass der Zeitraum für die Entscheidungsfindung zu Lasten des Bürgers noch weiter verlängert wird.

Dies wäre zwangsläufig der Fall, da der Verwaltungsausschuss regelmäßig monatlich, der Umwelt- und Energieausschuss jedoch lediglich maximal vier Mal jährlich tagt.

Verbunden mit der Zusage, die Begründungen für die Entscheidungsvorschläge zukünftig noch detaillierter darzustellen, spricht sich die Verwaltung im Interesse der Bürgernähe und Bürgerfreundlichkeit für die Beibehaltung des bisherigen Verfahrens aus.

Ratsherr Reinders erklärt, dass er kein Feind von Bäumen sei. Dennoch halte er die Baumschutzsatzung für „überflüssig“. Der Bürger könne selber bestimmen, ob ein Baum gefällt werden müsse. Durch die Baumschutzsatzung sei der Bürger allerdings gefordert, eine entsprechende Genehmigung bei der Verwaltung einzuholen. Diese müsse auch von den Ratsmitgliedern abgesegnet werden. Er halte nicht nur eine Ausweitung, sondern die ganze Satzung für „überflüssig.“ Er werde daher nur zu Punkt 1 abstimmen.

2. Stv. Bürgermeister Gronewold erklärt, dass er die Argumentation von Herrn Reinders nachvollziehen könne. Es gehe allerdings um die Belange der Bäume. Unter den Bürgern gäbe es „schwarze Schafe“. Diesen könne man die Verantwortung nicht überlassen.

Ratsherr Reinders beantragt eine getrennte Abstimmung.

Der Rat beschließt:

- 1. Der Antrag der Fraktion 90/Die Grünen vom 05.03.2014 auf Änderung der Satzung zum Schutz erhaltenswerter Bäume in der Stadt Norden wird abgelehnt.**

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	24
	Nein-Stimmen:	3
	Enthaltungen:	5

- 2. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob der Geltungsbereich der Baumschutzsatzung auch auf das ganze Stadtgebiet einschließlich der Ortsteile ausgedehnt werden kann.**

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	24
	Nein-Stimmen:	3
	Enthaltungen:	5

**zu 16 Ausbauplan der Straße "Theelacht" im Bebauungsplangebiet Nr. 159
0959/2014/3.3**

Sach- und Rechtslage:

Für das Baugebiet Nr. 159 „Östlich Looger Weg“ wurde in § 3 des Erschließungs- und Städtebaulichen Maßnahmenvertrages vom 01.12.2011 festgelegt, dass für den 2. Bauabschnitt als Fertigstellung zum einen die Vorgabe für den Endausbau innerhalb eines Jahres nach Fertigstellung von 75 % der projektierten Bauvorhaben, spätestens jedoch bis zum 31.12.2014 zu erfolgen hat. Diese Vorgabe ist inzwischen erfüllt.

Gemäß § 2 des Erschließungs- und Städtebaulichen Maßnahmenvertrages hat die Herstellung der Verkehrsflächen nach Maßgabe des vom Rat der Stadt Norden zu beschließenden Ausbauplanes zu erfolgen. Die NLG als Erschließungsträger und planendes Ing. Büro hat dementsprechend für das Baugebiet den angefügten Ausbauplan (Stand: 18.06.2014) zur Beschlussfassung vorgelegt.

Die Planung und der Ausbau der Straße erfolgt nach den Festsetzungen des rechtsverbindlichen Bebauungsplanes Nr. 159. Alle Straßen sollen verkehrsberuhigt ausgebaut werden. Der Einbau von Fahrbahnverschwenkungen und farblich abgesetzten Pflasterungen im Bereich der Knotenpunkte soll eine geringe Fahrgeschwindigkeit des überwiegenden Anliegerverkehrs gewährleisten.

Die Erschließung des Baugebietes erfolgt über die Straße „Theelacht“, die rechtwinkelig von der Straße „Looger Weg“ abzweigt und in einer Breite von 4,75 m einschl. einer einseitigen Entwässerungsrinne von 0,30 m Breite zwischen den beidseitigen Rundborden als Ringstraße durch das Baugebiet führt. Die Straßen sind bemessen für ein dreiaxsiges Müllfahrzeug. Drei Stichstraßen zur Erschließung der hinten liegenden Grundstücke werden in einer Breite von ca. 3,40 m zwischen den Borden ausgeführt. Der Ausbau der Straße und der Gehwege erfolgt grundsätzlich in Pflasterbauweise.

Im Plangebiet sind 10 PKW-Parkplätze sowie 3 Mülltonnenabstellplätze vorgesehen, die durch unterschiedliche Pflasterfarben gekennzeichnet sind. Die Fahrbahn, die Nebenanlage und die Parkplätze werden jeweils mit verschiedenfarbigem Betonsteinpflaster hergestellt. Die Farbzuordnung der Pflasterungen ist folgendermaßen: Fahrbahn = grau, Einengungen, Aufpflasterungen, markante Punkte, Gehweg = rot, Stellplätze = anthrazit und Seitenrinne sowie Müllstellplätze = rot-geflammt.

Die beidseitig geplanten Baumpflanzungen entlang der Straße sollen für eine gleichmäßige Durchgrünung des Baugebietes sorgen.

Die Straßenbeleuchtung erfolgt mit energiesparenden Laternen des Typs „Rondolux“ der Firma Philipps. Die Standorte sind auf dem beiliegenden Plan gekennzeichnet.

Maße und nähere Einzelheiten sind in dem Ausbauplan und in den Ausbaquerschnitten dargestellt.

Begründung der Dringlichkeit:

Durch einen krankheitsbedingten Personalausfall konnte der Ausbauplan seitens des Vorhabenträgers erst in der 25. Kalenderwoche zur Abstimmung vorgelegt werden. Um den o. g.

Fertigstellungstermin dennoch einhalten zu können, ist der Ausbauplan in der Beratungsfolge zur Ratssitzung am 15.07.2014 beschließen zu lassen.

Der Rat beschließt:

Der Ausbauplan für die Straße „Theelacht“ nach der Plandarstellung vom 18.06.2014 wird beschlossen.

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	28
	Nein-Stimmen:	0
	Enthaltungen:	4

zu 17 Aufstellung eines Bebauungsplanes; hier: Gelände der ehem. Sendestelle Utlandshörn 0904/2014/3.1

Sach- und Rechtslage:

Die Eigentümer der Flächen der ehemaligen Sendestelle Utlandshörn benötigen für die Nutzung des Geländes die Aufstellung eines Bebauungsplanes und die Änderung des Flächennutzungsplanes.

Die Nutzung wird in dem anliegenden Antrag der Noordway GmbH beschrieben.

Zunächst soll festgestellt werden ob der Rat der Stadt Norden diese Nutzung unterstützt. Bei einer zustimmenden Beurteilung durch den Rat wird der Antragsteller die Planung mit den Trägern öffentlicher Belange abstimmen und einen Bebauungsplanentwurf vorlegen.

Bürgermeisterin Schlag weist darauf hin, dass die Tischvorlage keine Visualisierung sei.

Ratsfrau van Gerpen bittet um Prüfung, ob sich das Projekt in einem Vogelschutzgebiet befindet. Sie beantragt daher Punkt 1 der Beschlussempfehlung des Verwaltungsausschusses abzusetzen.

Beigeordneter Fischer-Joost teilt mit, dass er seine Zustimmung aus der Sitzung des Verwaltungsausschusses zurücknehmen werde. Er werde gegen den Beschluss stimmen.

Beigeordneter Sikken ist der Meinung, dass es heute nur um ein Signal gehe. Man müsse bedenken, dass auch in diesem Fall wieder Planungskosten investiert werden müssen.

Fachbereichsleiter Memmen erklärt, das man Punkt 1 beschließen müsse, da man ansonsten nicht anfangen könne.

Bürgermeisterin Schlag schlägt eine weichere Formulierung vor.

Ratsfrau Albers beantragt, die Punkte 1 und 2 des Beschlussvorschlages abzusetzen. Man wisse nicht genau, was an der Stelle geplant sei.

Beigeordneter Sikken erklärt, dass man eine Ortsbesichtigung durchgeführt habe. Die Grünen seien bei der Besichtigung nicht vertreten gewesen. Die Ziffer 1 müsse als Beschluss bleiben.

Ratsherr Reinders schlägt vor, unter Punkt 1 das Wort „grundsätzlich“ einzufügen.

Beigeordneter Fischer-Joost erklärt dass seine Fraktion viel arbeiten würde. Man könne daher nicht an allen Sitzungen und Veranstaltungen teilnehmen.

Beigeordneter Wimberg schlägt folgende Beschlussfassung vor:

1. Der Rat der Stadt Norden stimmt der Ideenskizze (Stand: 10.07.2014) zur Aufplanung der ehem. Sendestelle Utlandshörn grundsätzlich zu.
2. Sobald das Gesamtkonzept konkretisiert und visualisiert ist, wird dieser Plan den Gremien vorgelegt.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die erforderlichen Verfahrensschritte für die Bauleitplanung als Vorhabenbezogener Bebauungsplan durchzuführen.

Der Rat beschließt:

1. **Der Rat der Stadt Norden stimmt der Ideenskizze (Stand: 10.07.2014) zur Aufplanung der ehem. Sendestelle Utlandshörn grundsätzlich zu.**
2. **Sobald das Gesamtkonzept konkretisiert und visualisiert ist, wird dieser Plan den Gremien vorgelegt.**
3. **Die Verwaltung wird beauftragt, die erforderlichen Verfahrensschritte für die Bauleitplanung als Vorhabenbezogener Bebauungsplan durchzuführen.**

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	31
	Nein-Stimmen:	0
	Enthaltungen:	1

**zu 18 Integriertes Energie- und Klimaschutzkonzept (InEKK);
Projektentwicklung
0968/2014/FB3**

Sach- und Rechtslage:

Der Rat der Stadt Norden hat in seiner Sitzung am 25.03.2014 den vom Ing.-Büro ARSU aus Oldenburg erarbeiteten Arbeitsplan und die Maßnahmenumsetzung für das Klimaschutzmanagement im Tourismusdreieck Norden, Juist und Baltrum (Stand: 27.09.2013) zur Kenntnis genommen. Zudem hat der Rat beschlossen, dass die finanziellen Mittel für einen Klimaschutzmanager/ bzw. -team für die Dauer der Einstellung (drei Jahre) in den kommenden Haushaltsjahren zur Verfügung gestellt werden und ein Maßnahmencontrolling durchgeführt wird (siehe Sitzungsvorlage 0745/2013/FB3/1).

Mit diesen Beschlussfassungen wird gewährleistet, dass für die Dauer der Einstellung eines Klimaschutzmanagementteams zumindest die projektunabhängigen Kosten für Personal, Öffentlichkeitsarbeit und Mobilität (siehe Anlage 1 „Kostenverteilung Klimaschutzmanagement“) in den kommenden drei Haushaltsjahren bereitzustellen sind. Für das von den REM-Partnern beauftragte Ing.-Büro ARSU wurden damit außerdem die Minimalvoraussetzungen geschaffen, um beim Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) den gemeinsamen Förderantrag stellen zu können. Auf Nachfrage teilte das Büro mit, dass die Antragstellung im Juli 2014 erfolgen soll.

Offengeblieben ist aber die endgültige Zustimmung des Rates zur Realisierung der aus dem Schlussbericht zum Integrierten Energie- und Klimaschutzkonzept (InEKK) gewählten Maßnahmen und in welchem Umfang dafür zukünftig Finanzmittel bereitgestellt werden sollen.

In dem Zusammenhang ist insbesondere die Einzelmaßnahme V2 „Förderung des Fahrradverkehrs in Norden“ umstritten, weil dafür in der angefügten Kostenschätzung (siehe Anlage 2) für einen Zeitraum von drei Jahren insgesamt 800.000,- € veranschlagt wurden. Die Maßnahmenkosten für die Stadt Norden liegen insgesamt bei 929.200,- € und könnten deutlich gesenkt werden, wenn die Kosten für die Maßnahme V2 reduziert würden. Das Ing.-Büro ARSU macht deshalb den Vorschlag die Projektkosten in diesem Fall auf jährlich 20.000,- € zu reduzieren. Die Maßnahmenkosten für die Stadt Norden würden sich dann auf insgesamt 189.200,- € reduzieren (siehe Anlage 2 „Kostenschätzung für das Klimaschutzmanagement“).

Aus Sicht der Verwaltung könnte mit dieser Änderung dem entsprechend aktualisierten Arbeitsplan mit den darin vorgeschlagenen Projektmaßnahmen (Stand: 19.06.2014) zugestimmt werden (siehe Anlage 3 „Arbeitsplan für den Klimaschutzmanager der Tourismusdreiecks Norden, Juist und Baltrum“). Zur Deckung der projektabhängigen Kosten wären im Haushaltsjahr 2015 Finanzmittel in Höhe von 99.400,- € und in den Haushaltsjahren 2016 und 2017 jeweils 44.900,- € anzumelden und bereitzustellen.

Beigeordneter Fischer-Joost regt an, weitere Förderanträge zu stellen. Ziel sei es, dass der Rat im Rahmen der Haushaltsberatung 2015 mehr Gelder für Klimaschutzprojekte ausgeben könne.

Beigeordneter Sikken teilt mit, dass sich die CDU-Fraktion der Stimme enthalten werde. Man sei der Meinung, dass man keinen Klimaschutzbeauftragten benötige. Die Aufgabe könne auch von der Bauverwaltung erledigt werden.

Beigeordneter Fuchs erläutert, dass seine Fraktion gegen die Einstellung eines Klimaschutzbeauftragten gewesen sei. Wenn man die Stelle besetze, müsse man allerdings konstruktiv zusammenarbeiten. Er wünsche sich, dass man mehr Fördergelder generieren könne.

Ratsherr Lütkehus ist der Meinung, dass die Stadt Norden zu viel Geld für den Klimaschutzbeauftragten ausgeben.

Beigeordneter Wimberg erklärt, dass für Klimaschutzprojekte zurzeit keine Mittel vorhanden seien. Es sei daher die Aufgabe des Klimaschutzbeauftragten Fördergelder zu beantragen.

Der Rat beschließt:

- 1) Der Rat der Stadt Norden stimmt den im Arbeitsplan für den Klimaschutzmanager des Tourismusdreiecks Norden, Juist und Baltrum (Stand: 19.06.2014) aufgeführten und für die Stadt Norden relevanten Maßnahmen zu.**
- 2) Für die Maßnahme V2 „Förderung des Fahrradverkehrs in Norden“ sind die in der Kostenschätzung für das Klimaschutzmanagement (Stand: 19.06.2014) aufgeführten Kosten auf 20.000,- €/Jahr zu reduzieren.**
- 3) Die in der Kostenschätzung für das Klimaschutzmanagement (Stand: 19.06.2014) für Norden aufgeführten Maßnahmenkosten sind - vorbehaltlich eines positiven Förderbescheids - in den kommenden drei Haushaltsjahren anzumelden und bereitzustellen.**

Protokollnotiz

Im zuständigen Fachausschuss soll über eine Konzeptionierung des Fahrradverkehrs in Norden beraten werden.

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	23
	Nein-Stimmen:	3
	Enthaltungen:	6

zu 19 **Sparkassenzweckverband Aurich-Norden;
Änderung der Verbandsordnung
0955/2014/1.1**

Sach- und Rechtslage:

I.

Sparkassenzweckverband Aurich-Norden

Die Stadt Norden bildet mit dem Landkreis Aurich den „Sparkassenzweckverband Aurich-Norden in Ostfriesland“. An dem Verband sind der Landkreis Aurich zu 86,78 v. H. und die Stadt Norden zu 13,22 v. H. beteiligt. Organe des Verbands sind die **Verbandsversammlung** und die **Verbandsgeschäftsführerin / der Verbandsgeschäftsführer**. Die **Verbandsversammlung** besteht aus 33 **Vertreterinnen/Vertretern**, von denen der Landkreis Aurich 29 und die Stadt Norden 4 Personen entsendet.

II.

Nds. Gesetz über die kommunale Zusammenarbeit

Der Zweckverband als Körperschaft des öffentlichen Rechts (§ 8 Abs. 1 Satz 1 NKomZG) mit dem Recht der Selbstverwaltung (Art. 57 Abs. 1 NV) wird durch einen öffentlich-rechtlichen Vertrag errichtet, in dem die Beteiligten eine **Verbandsordnung** vereinbaren, die für den Zweckverband als Satzung gilt (§ 9 Abs. 1 NKomZG). In der **Verbandsordnung** ist über gesetzlich vorgegebene Angelegenheiten zu bestimmen (§ 9 Abs. 2 NKomZG).

Die **Verbandsversammlung** besteht regelmäßig aus den **Hauptverwaltungsbeamten** der **Verbandsmitglieder** (§ 11 Abs. 1 NKomZG) und – soweit es die **Verbandsordnung** vorsieht – entsprechend vielen **zusätzlichen Vertretern** (§ 11 Abs. 2 NKomZG).

Die Stimmen eines **Verbandsmitgliedes** können nur **einheitlich** abgegeben werden, dabei können sich die **zusätzlichen Vertreter** eines **Verbandsmitglieds** **untereinander vertreten**, d.h., es kann ein **Vertreter** in **Vertretung** anderer mehrere Stimmen abgeben (§ 11 Abs. 3 NKomZG).

Alle **Vertreter** eines **Verbandsmitglieds** unterliegen dem **Weisungsrecht** von dessen **Kollegialorganen** (§ 12 Abs. 2 NKomZG) und damit korrespondierend der **Unterrichtungspflicht** nach § 138 Abs. 4 NKomVG.

Das Verfahren der **Verbandsversammlung** ist unter Berücksichtigung der zweigleisigen Struktur und des **Verbandscharakters** des Zweckverbandes geregelt. Ihr **Vorsitzender**, der in der konstituierenden Sitzung aus dem Kreis der kommunalen **Verbandsmitglieder** gewählt wird (§ 14 Abs. 2 NKomZG) ist der repräsentative **Vertreter** des Zweckverbandes (§ 14 Abs. 4 NKomZG). Er lädt zu den Sitzungen ein, für die er die **Tagesordnung** im Benehmen mit dem **Verbandsgeschäftsführer** aufstellt (§ 14 Abs. 3 NKomZG).

Rechtsgeschäftlicher **Vertreter** des Zweckverbandes ist der **Geschäftsführer** (§ 15 Abs. 2 Satz 1

NKomZG), der, wenn er nach der Verbandsordnung ehrenamtlich tätig ist, aus dem Kreis der Hauptverwaltungsbeamten der kommunalen Verbandsmitglieder gewählt werden soll (§ 15 Abs. 1 Satz 4 NKomZG) und der Verbandsversammlung nicht angehören darf; der als ehrenamtlicher Verbandsgeschäftsführer tätige Hauptverwaltungsbeamte wird in der Verbandsversammlung durch ein Mitglied des Hauptorgans seiner Kommune ersetzt (§ 11 Abs. 1 Satz 3 NKomZG).

Soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist, gelten für die Zweckverbände die Vorschriften des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) entsprechend (§ 18 Abs. 1 NKomZG). Dies betrifft vor allem die **Zuständigkeiten** der beiden gesetzlich vorgeschriebenen Organe und die **Verfahrensvorschriften** der Kollegialorgane, die Vorschriften über die **Rechtsstellung der Mitglieder der Verbandsversammlung und des Verbandsgeschäftsführers** gegenüber der Verbandsversammlung.

III.

Änderung der Verbandsordnung

Die Sparkasse Aurich-Norden hat der Bürgermeisterin mit Schreiben vom 06.05.2014 den Entwurf einer Neufassung der Verbandsordnung für den Sparkassenzweckverband Aurich-Norden vorgelegt und darum gebeten, diese dem Verwaltungsausschuss zur Entscheidung vorzulegen.

Die Stadt Norden hat den Entwurf überprüft und den Vorstandsvorsitzenden der Sparkasse Aurich-Norden mit Schreiben vom 10.06.2014 um die Beantwortung einiger Fragen gebeten. Die Sparkasse Aurich Norden hat hierauf mit Schreiben vom 17.06.2014 reagiert.

Die Stadt Norden legt die neue Verbandsordnung entsprechend seiner Zuständigkeit gemäß § 58 NKomVG dem Rat in seiner öffentlichen Sitzung zur Beschlussfassung vor.

Der Rat beschließt:

Weisung des Rates an die Vertreter der Verbandsversammlung:

Dem Entwurf der Verbandsordnung wird zugestimmt.

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	31
	Nein-Stimmen:	0
	Enthaltungen:	1

**zu 20 Hebesatzsatzung für das Haushaltsjahr 2015
0950/2014/1.1**

Sach- und Rechtslage:

Der Rat der Stadt Norden hat in seiner Sitzung am 25.03.2014 mit dem Haushalt 2014 auch das Haushaltssicherungskonzept 2014 als Anlage zum Haushaltsplan beschlossen.

Unter lfd. Nr. V-02 dieses Konzepts ist eine Gewerbesteuerhebesatzerhöhung von 360 % auf 380 % und unter lfd. Nr. V-05 eine Hebesatzerhöhung für die Grundsteuer A von 330 % auf 360 %, jeweils ab dem Haushaltsjahr 2015, vorgesehen.

Der Hebesatz für die Grundsteuer B bleibt unverändert bei 390 %.

Damit diese Hebesatzerhöhungen bereits Anfang 2015 bei der Festsetzung und Erhebung der Steuer berücksichtigt werden können, ist eine Hebesatzsatzung erforderlich, da die Haushaltsatzung zu diesem Zeitpunkt voraussichtlich noch nicht in Kraft getreten sein wird.

Beigeordneter Sikken verweist auf die Beratungen zum Haushalt 2014 und erklärt, dass man der Erhöhung der Hebesätze nicht zustimmen werde. Man habe die Steuererhöhungen damals als Gesamtkonzept mit erheblichen Einsparungen mitgetragen. Die Gruppe SPD-Grüne habe allerdings durch den Wegfall der Maßnahme „Nordseestraße“ das Gesamtkonzept „platzen“ lassen.

2. Stv. Bürgermeister Gronewold ist der Meinung, dass die Straßen in Norden desolat seien und dort ein Investitionsstau bestehe. Dennoch müsse man zunächst in den Krippenausbau investieren. Die Steuereinnahmen kämen den Bürgern wieder zugute. Er glaube, dass die Erhöhung der Hebesätze durch die Gruppenmehrheit beschlossen werde.

Beigeordneter Wimberg erklärt, dass man durch den Haushalt eine Zwangsjacke habe. Deshalb gebe es ein Haushaltskonsolidierungskonzept. Man sei gezwungen die Steuern zu erhöhen. Ohne die Haushaltskonsolidierung sei die Kommunalaufsicht nicht bereit, den Haushalt zu genehmigen.

Ratsherr Lütkehus verweist ebenfalls auf die Haushaltsberatungen. Er könne nicht nachvollziehen, warum die Nordseestraße nicht saniert wurde. Zudem seien viele Maßnahmen in die Anstalt verschoben. Er frage sich, was aus dieser Anstalt geworden sei. Die Stadt Norden müsse selber tätig werden und nicht die Bürger belasten.

Ratsfrau van Gerpen weist darauf hin, dass man bezüglich der Anstalt einen Prüfauftrag an die Verwaltung gegeben habe. Fachbereichsleiter Harms habe erklärt, dass die Verwaltung für die Prüfung ein Jahr benötige. Diese Zeit müsse man der Verwaltung zugestehen.

Ratsherr Lütkehus schlägt vor, die Satzungsänderung in den Herbst zu verschieben.

Beigeordneter Fischer-Joost bemängelt, dass die CDU und die ZoB das Gesamtkonzept nicht mitgetragen haben. Er kritisiert in diesem Zusammenhang den Beschluss zum Kreisbau mit Kosten in Höhe von 850.000 €.

Bürgermeisterin Schlag weist darauf hin, dass die Hebesatzsatzung erst 2015 zum Tragen komme. Es sei daher kein Problem die Beratung zu verschieben. Sie sei der Meinung, dass das Haushaltskonsolidierungskonzept ein gutes Mittel sei, wenn alle Instrumente verwendet werden. Hierzu gehöre es auch Werte zu verkaufen, die nicht mehr für die Daseinsversorgung benötigt werden. Sie werde als Chefin der Verwaltung den Haushalt 2014 abarbeiten. Als Ratsmitglied stimme sie der heutigen Entscheidung nicht zu. Sie hoffe, dass man für den Haushalt 2015 wieder einen gemeinsamen Nenner finden werde.

Beigeordneter Fuchs berichtet, dass man Freitagnachmittags im Rahmen der Haushaltskonsolidierung ein Paket geschnürt habe. Dies wurde durch die Nordseestraße wieder aufgeschnürt. Man lehne den Haushalt daher ab. Für 2015 stehe man für Haushaltsberatungen wieder zur Verfügung.

Beigeordneter Wimberg erklärt, dass der Rat souverän sei. Man sei daher nicht auf die Bewertung der Bürgermeisterin angewiesen.

Der Rat beschließt:

Die Hebesatzsatzung für das Haushaltsjahr 2015 wird in der dieser Sitzungsvorlage beigefügten Fassung beschlossen.

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	18
	Nein-Stimmen:	14
	Enthaltungen:	0

zu 21 **Zustimmung zu einer überplanmäßigen Auszahlung;
Ausstattung naturwissenschaftliche Räume Oberschule
0978/2014/1.1**

Sach- und Rechtslage:

Der Fachdienst 2.2 hat eine überplanmäßige Auszahlung mit folgender Begründung beantragt:

Die Durchführung der Maßnahme „Ausstattung der naturwissenschaftlichen Räume Oberschule“ ist mit 65.000 € im Haushalt 2014 und mit 30.000 € im Investitionsprogramm für das Jahr 2015 geplant. Es sollen ein Schülerunterrichtsraum und ein Vorbereitungsraum erneuert werden, insgesamt 95.000 €. Die aktuelle Kostenschätzung hat ergeben, dass die Gesamtmaßnahme 77.000 € kosten wird, da sich die Schule nicht für ein Deckenmediensystem, sondern für ein konventionelles System entschieden hat. Die im Haushalt 2014 fehlenden Haushaltsmittel von 12.000 € sollen überplanmäßig bereitgestellt werden, dann kann die Maßnahme komplett in 2014 durchgeführt werden und die für 2015 geplanten Mittel von 30.000 € müssen nicht mehr zur Verfügung gestellt werden.

Die Deckung ist durch Einsparungen bei der Maßnahme „Energetische Sanierung der GS Im Spieß“ (Haushaltsausgaberes) vorgesehen.

Der Rat beschließt:

Der überplanmäßigen Auszahlung im Teilhaushalt 2 beim Produkt 216-01-907 (Ausstattung naturwissenschaftliche Räume Oberschule), Zeile 27 (Erwerb von beweglichem Sachvermögen) in Höhe von 12.000 € wird zugestimmt.

Deckung:

Minderauszahlung beim Teilhaushalt 2 beim Produkt HAR GS IS (Haushaltsausgaberes Energetische Sanierung GS Im Spieß) in Höhe von 12.000 €.

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	32
	Nein-Stimmen:	0
	Enthaltungen:	0

**zu 22 Kreditaufnahme 2013
0825/2014/1.1**

Sach- und Rechtslage:

Die Haushaltssatzung der Stadt Norden für das Jahr 2013, die am 16. April 2013 von der Aufsichtsbehörde des Landkreises Aurich genehmigt wurde, sieht in § 2 eine Kreditaufnahme vom Kreditmarkt zur Mitfinanzierung des Finanzhaushalts 2013 (Investitionen) in Höhe von 2.402.500 € vor.

Gem. des Kontraktes 2016, der am 11.06.2013 vom Rat der Stadt Norden beschlossen wurde, wird die Kreditermächtigung maximal in einer Höhe von 2.300.000 € in Anspruch genommen.

Der Rat beschließt:

Der Aufnahme eines Kredits zur Teilfinanzierung von Investitionen im Finanzhaushalt (investiver Teil) 2013 wird unter nachfolgenden Bedingungen zugestimmt.

Gesamthöchstbetrag des Kredits : 2.300.000 €
Höchstzinssatz: 6%
Maximale Laufzeit: 30 Jahre

Die Bürgermeisterin wird ermächtigt, im Rahmen der o. g. Höchstgrenzen einen Darlehensvertrag abzuschließen.

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	32
	Nein-Stimmen:	0
	Enthaltungen:	0

zu 23 Dringlichkeitsanträge

Keine.

zu 24 Anfragen

Ratsherr Reinders teilt mit, dass er sich bei der Abstimmung zum Tagesordnungspunkt 19 enthalten habe, da er Mitglied des Verwaltungsrates der Sparkasse Aurich-Norden sei.

zu 25 Wünsche und Anregungen

Keine.

zu 26 Festlegung des nächsten Sitzungstermins

Die nächste Sitzung des Rates der Stadt Norden findet am 21.07.2014 um 18.00 Uhr statt.

zu 27 Schließung der Sitzung (öffentlicher Teil)

Der Vorsitzende schließt um 18:32 Uhr die Sitzung.

Der Ratsvorsitzende

Die Bürgermeisterin

Der Protokollführer

-Wäcken-

-Schlag-

-Reemts-